

27/I/2016

Beschluss

Überweisung an: Landesvorstand

BbgBGG für politische Arbeit und zivilgesellschaftliches Engagement öffnen

Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert, das Gesetz des Landes Brandenburg zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BbgBGG) dahingehend zu öffnen, dass politische Sitzungen (wie z.B. eine Ortsvereinssitzung einer demokratischen politischen Partei) oder Sitzungen von z.B. gemeinnützigen Vereinen und allgemein Sitzungen von ehrenamtlich Aktiven mit Verwaltungsverfahren gleichgestellt und als solche angesehen werden.

Stellungnahmen und abschließende Beschlussfassung

Der Landesvorstand der SPD Brandenburg hat in seiner Sitzung am 14. November 2016 alle an ihn überwiesenen Anträge zur Kenntnis genommen und sich auf das weitere Verfahren verständigt.

Für den Antrag 27/I/2016 beauftragt der Landesvorstand die SPD-Landtagsfraktion und die ASJ in der SPD Brandenburg um Erarbeitung einer Beschlussempfehlung.

Die abschließende Beratung sowie die Beschlussfassung ist für die Klausurtagung des Landesvorstands der Brandenburger SPD am 8. April 2017 geplant.